Niederschrift

(HFPA/003/2011)

über die 3. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 23.03.2011, 16:00 - 17:25 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

9. Mitteilungen zur Kenntnis 332/005/2011 9.1. Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt Kenntnisnahme 9.2. Fraktionsantrag der SPD Nr. 047/2010 Bergkirchweih, 513/002/2010 Bericht des Arbeitskreises Innenstadt zum Thema Bergkirchweih Kenntnisnahme 10. Satzung zur Regelung des ergänzenden Auswahlverfahrens der 111/045/2011 Stadt Erlangen für die Einstellung von Beamtenanwärterinnen und Gutachten Beamtenanwärtern (Auswahlverfahrenssatzung - AuswVs) 11. Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 094/2010 BM/ZV/008/2010/1 Beschluss 11/037/2011 Personalbericht 2010 12. Einbringung 13. Umsetzungscontrolling der Maßnahmen Rödl & Partner zur 112/033/2011 Haushaltskonsolidierung **Beschluss** 14. Ausbildungsbericht 2010 11/072/2010 **Beschluss** 15. Änderung der Baumschutzverordnung 30-R/023/2011 Gutachten Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen 30-R/024/2011 16. der Stadt Erlangen

Gutachten

17.	Auslegung der städtischen Vergaberichtlinien in Bezug auf die Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmen	30-R/026/2011 Gutachten
18.	Auswahl der InterviewerInnen für den Zensus 2011;	30-R/027/2011
	hier: Antrag der Fraktion Grüne Liste Nr. 017/2011 vom 24.02.2011	Beschluss
19.	Fraktionsantrag der SPD Nr. 109/2010 vom 26.10.2010	332/004/2011
	Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht	Beschluss
20.	Entgeltordnung für das Theater Erlangen	44/019/2011/1
	Geänderte Vorlage	Beschluss
21.	Anfragen	

TOP 9

Mitteilungen zur Kenntnis

TOP 9.1 332/005/2011

Teilnahme am bundesweiten Vergleichsring "Ausländerwesen" der KGSt

Sachbericht:

Vom Mai 2009 bis Februar 2011 nahm die Stadt Erlangen, Abteilung Ausländerangelegenheiten und Einbürgerungen, neben 7 weiteren Städten am bundesweiten Vergleichsring Ausländerwesen für Städte mit 90.000 – 200.000 Einwohner teil.

Anlagen:

- ein Grund- und Kennzahlensystem abgestimmt und Vergleichsdaten für das Jahr 2009 ermittelt
- eine Kundenbefragung vereinbart und durchgeführt und
- die jeweiligen Ausländerbehörden vor Ort besichtigt.

Dabei konnten Erkenntnisse gewonnen werden

- zu den vereinbarten Kennzahlen
- zu den Bearbeitungszeiten
- zur Kundenzufriedenheit
- zum Personaleinsatz und
- zu den Organisationsstrukturen.

Der Abschlussbericht liegt seit Februar 2011 vor. Die Ergebnisse der Kundenbefragung und das Gesamtergebnis werden in tabellarischer Form auszugsweise beigefügt.* Bei näherem Interesse kann der Bericht in den Amtsräumen der Ausländerbehörde nach Terminvereinbarung jederzeit eingesehen werden.

Ein offizielles Ranking durch die KGSt wurde nicht vorgenommen. Die Stadt Erlangen nimmt im Teilnehmerfeld im Gesamtergebnis den 2. Platz ein, im Bereich Kundenzufriedenheit und Dienstleistungsorientierung konnte ein Spitzenplatz erzielt werden.

Bezüglich der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels hat die KGSt den Personalbedarf errechnet und für Erlangen einen Mehrbedarf von 1,3 – 1,8 Stellen vorgeschlagen.

^{*}Anmerkung: Nach Vereinbarung mit der KGSt werden nur eigene Zahlen veröffentlicht. Die Städtenamen der anderen Teilnehmer wurden daher gelöscht.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion soll die Angelegenheit nach Behandlung im Ausländer- und Integrationsbeirat erneut dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden. Die Verwaltung wird die Tabellen mündlich erläutern.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9.2 513/002/2010

Fraktionsantrag der SPD Nr. 047/2010 Bergkirchweih, Bericht des Arbeitskreises Innenstadt zum Thema Bergkirchweih

Sachbericht:

Arbeitskreis Innenstadt

Der Arbeitskreis Innenstadt hat sich auf Initiative der Jugendamtsleitung 2005 gegründet. Die Teilnehmer (siehe unten) analysierten zunächst das immer deutlicher werdende Phänomen des jugendlichen Rauschtrinkens im öffentlichen Raum, vor allem in der Innenstadt von Erlangen. In einer zweiten Phase wurden konkrete Vorschläge erarbeitet und den zuständigen Gremien des Stadtrats vorgelegt und schließlich vom Stadtrat beschlossen (Alkoholsatzung Innenstadt, Einrichtung des Projekts Streetwork Innenstadt). Weitergehende Initiativen, z.B. einen betreuten Jugendtreff in der Innenstadt beim E- Werk zu schaffen, um vor allem jüngere Jugendliche mit attraktiven Angeboten zu erreichen, wurden vorgeschlagen und auf den Weg gebracht. Wichtig war und ist es, alle, die mit dem Thema Jugendschutz, Jugendkultur und Jugendberatung zu tun haben, einzubeziehen und gemeinsam an einem Gesamtkonzept für Prävention zu arbeiten. In diesem Zusammenhang kam die Entwicklung der Bergkirchweih immer mehr in den Fokus der Diskussion.

Ergebnisse des Arbeitskreises Bergkirchweih

1. Ausgangsüberlegungen

Der Arbeitskreis Innenstadt hat sich seit mehreren Jahren immer wieder im Rahmen der Diskussion um präventive Maßnahmen und der Wirksamkeit von Jugendschutz über die Entwicklungen bei der Bergkirchweih ausgetauscht.

Im Zeitraum zwischen Juli 2008 bis Juli 2009 hat sich ein Unterarbeitskreis gebildet – AK Berg – bestehend aus Mitgliedern des Arbeitskreises Innenstadt mit Vertretern des Gesundheitsamtes, des Jugendamtes, des Freizeitamtes, des E- Werks, Streetwork Innenstadt, Stadtjugendring sowie Vertretern des Ordnungsamtes, der Polizei Erlangen sowie der Drogenberatung.

Auftrag des Wirtschaftsreferenten der Stadt Erlangen war eine Analyse der derzeitigen Entwicklung vorzunehmen sowie Vorschläge zu einem Bergkonzept, im Sinne von "unser Berg soll schöner werden", vorzulegen.

Bei vielen AK Teilnehmern war ein Unbehagen an der Entwicklung der Bergkirchweih der letzten 10 Jahre festzustellen. Dieses ist auch in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden, die sich nicht mehr vom "Berg" angesprochen fühlen und ihn meiden. Verändert hat sich das Image des Berges in der Außendarstellung als "fränkisches Oktoberfest", Eventcharakter, starke Kommerzialisierung. Die Qualität des Berges wird an der Menge des ausgeschenkten Bieres, der gebratenen Ochsen und der Besucherzahlen gemessen. Für viele, vor allem ältere Mitbürger, ist der Berg zu voll und zu laut geworden.

2. Analyse

Die Analyse setzte an einem Bericht von "Spiegel TV" an, der sich vor allem an der Zahl der "Bierleichen", Schlägereien und anderen negativen Begleiterscheinungen festmachte. In diesem Bericht wurde deutlich, dass es sich in Erlangen um eine "5. Jahreszeit" handelt, in der bestehende Regeln teilweise außer Kraft gesetzt oder übergangen werden. Die häufig den Jugendlichen zugeschriebenen Verhaltensweisen wie Rauschtrinken finden sich beim Berg zahlenmäßig jedoch vorwiegend bei der Gruppe der 20- bis 45- jährigen, die vor allem abends dominieren. In den letzten Jahrzehnten hat sich vor allem der Nachberg (nach 23 Uhr) als großes Problem herausgestellt. Es strömt dabei eine sehr große Zahl von Bergbesuchern in die Innenstadt um dort weiter dem Alkohol zuzusprechen und sich in Fastfood-Kneipen zu sättigen. Die Begleiterscheinungen wie öffentliches Urinieren gegen Häuser, Vandalismus, Sachbeschädigung und Verschmutzung der Innenstadt werden scheinbar als Kollateralschaden eines Mega-Events hingenommen.

In der historischen Betrachtung dieses über 250- jährigen Volksfestes wurde deutlich, dass der Berg schon immer durch Konflikte gekennzeichnet war. Als Stichworte: Freiraum außerhalb des Einflussbereiches der Obrigkeit, Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, z.B. Studenten und Handwerkern, aber auch Versuche den Berg ideologisch zu instrumentalisieren in der NS- Zeit usw.. Im historischen Rückblick zeigte sich, dass der Berg mehr Kultur hatte. Entstanden aus einem Turnierschießen, in der Kombination mit Jahrmärkten, hatte er schon damals einen besonderen Charakter und eine große Anziehungswirkung im Umland. Im Vordergrund stand vor allem das Bierfest und die besondere Atmosphäre unmittelbar im Freien unter Bäumen an den Kellern.

Im Vergleich mit anderen großen Volksfesten in der Region (Sandkerwa in Bamberg, Michaelis Kirchweih in Fürth) wurde schnell erkennbar, dass dort ein wesentlich größeres kulturelles Angebot beinhaltet ist und auch mehr Vereine und Institutionen mit einbezogen sind. Die dort gewachsenen Strukturen können jedoch nicht einfach auf die Bergkirchweih übertragen werden.

3. Vision Berg 2015

In einem weiteren Schritt wurde die Vision "Berg 2015" in den Vordergrund gestellt. Dabei wurden drei Fragestellungen diskutiert:

- Was wünschen sich Kinder auf der Bergkirchweih?
- Was wünschen sich Jugendliche und junge Erwachsene auf der Bergkirchweih?
- Was wünscht sich die 50plus Generation vom Berg?

Ergebnis des Brainstormings

Was wünschen sich Kinder auf der Bergkirchweih?

Freude haben, Freunde treffen, traditionelle, jedes Jahr wiederkehrende Fahrgeschäfte wie Kettenkarussell, Symbole des Groß- Seins (Auto-Skooter fahren usw.), erleben mit allen Sinnen (riechen, sehen, hören), Fahrgeschäfte mit Zugang für alle (akzeptable Preise), alkoholfreie Getränke zu günstigen Preisen, eigener Abfeierbereich "wo man unter sich ist", nicht von Erwachsenen "erschlagen" werden, nicht zu besoffene Eltern, "Risiko" erleben (Kletterwand, Zauberer), spielen, Abenteuer, Eltern wiederfinden können, flirten, Kasperle, die Möglichkeit selbst zu musizieren

Was wünschen sich Jugendliche und junge Erwachsene von der Bergkirchweih?

Spaß und Unbeschwertheit, feiern ohne Kontrolle, Tradition der Eltern weiterleben, sich ausprobieren, etwas Außergewöhnliches erleben / Ausnahmezustand, Teil von etwas Größerem sein, Rausch und Ekstase, Freunde treffen, "erwachsenenfreie Zone", flirten und mehr, Mädchen wollen weniger "sturzbesoffene Jungs", Schaulaufen, tanzen, mitreden können, Zeit zum darauf freuen, erleben und oft erzählen und schwärmen

Was wünscht sich die 50+ Generation vom Berg?

"Gemütlichkeit", gut und bezahlbar essen, Leute treffen, Gefühl der Verbundenheit, Qualität vor Quantität, gehört zur Identität "echter Erlanger", "sich jung fühlen" / Nostalgie, Maß Freibier, Rausch- aber nicht nur alkoholisch, "Rückzugsräume"- etwas ruhiger, Platz finden, willkommen sein, nicht nur "Tralala"- Musik, sich unterhalten, kein Musikkrach im Sinne von viel Lärm

4. Zusammenfassung und Auswertung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse

Im Brainstorming wurde deutlich, dass die Bergbesucher aller Altersstufen im Wesentlichen ähnlichen Motiven beim Bergbesuch folgen, wie vermutlich schon immer. Hier hat sich nichts Wesentliches geändert. Was ist es dann?

Veränderungen

4.1. Weggeh- und Konsumverhalten der jungen Leute

Betrachtet man die Forschung zum Alkoholkonsum junger Menschen, fallen vor allem die veränderten Konsummuster und die Auswirkungen derselben auf. Tranken sie früher Bier oder Wein, u.U. ergänzt mit einem Schnaps, so sind jetzt hochprozentige Getränke und das Trinkziel des Betrunkenseins in den Mittelpunkt gerückt. Auf den Berg bezogen heißt es, dass die jungen Menschen bereits im Vorfeld beträchtliche Mengen oft hochprozentigen Alkohols konsumieren, um dann mit wenig Maßen die Zeit am Berggelände zu überbrücken (vorglühen, mitbringen von Getränken, Alkohollager im Kirchweihumfeld).

Deutlich verändert hat sich auch das Weggehverhalten der jungen Leute. Mit einer Startzeit oft erst nach 22.00 / 23.00 Uhr kann der Berg für sie allenfalls nur noch als "Aufwärmer" und Treffpunkt gesehen werden. Ziel ist das zeitliche wie konsummäßige grenzenlose Abfeiern auf den Straßen der Altstadt, mit den bereits geschilderten Folgen. Die Verlagerung des Nach- Berges, den es ja auch schon früher in eingeschränktem Rahmen gab, aus den Kneipen heraus in die Öffentlichkeit, verstärkt Konfliktpotentiale. Die Polizeistatistik belegt sehr eindrucksvoll die deutlich steigende Anzahl der Delikte, je weiter die Nacht und der Alkoholpegel fortgeschritten ist.

Hier spielen sicher auch die extra zum Berg angereisten Gruppen eine Rolle, eine Entwicklung, der bereits mit der Einstellung der überregionalen Bewerbung entgegengesteuert wird. Eine große Rolle spielt hier, und da sind sich alle Teilnehmer des Arbeitskreises einig, die Verkürzung der Sperrzeit, die letztendlich die Nacht nahezu frei gibt.

4.2. Gesellschaftliche Bedingungen

Diese neue Jugendfeierkultur wird getragen von den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Bei allen großen Volksfesten und Kirchweihen ist der gesellschaftliche Wandel vor allem im Umgang und der Einstellung zu Alkohol spürbar. Rauschtrinken bei Erwachsenen und zunehmend auch bei Jugendlichen "liegt im Trend" (die Studenten führen die traurige Statistik an). Das führt zu einer Zunahme von Vandalismus- und Körperverletzungsdelikten sowie einer Zunahme von jungen und älteren Menschen mit Alkoholvergiftung, die in Kliniken behandelt werden müssen.

Im Hintergrund steht, betrachtet man tatsächliches Verhalten, eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz gegenüber Alkoholkonsum. Wer Alkohol trinkt und auch viel verträgt gehört dazu. "Anstößig" ist eigentlich nur der, der in Folge des Alkohols sein Leben nicht mehr im Griff hat. Aber auch hier wird lange gewartet, bis interveniert wird. Somit fehlen wichtige Vorbilder und natürliche Regulative im sozialen Nahraum. Kinder

und Jugendliche erleben eine große Bagatellisierung extremer Besäufnisse. Daneben erscheinen viele offizielle Statements und Ermahnungen zur Mäßigung als unglaubwürdig!

4.3. Berg-Image

Verändert hat sich das Image des Berges als Großevent. Mit Merkmalen wie "immer mehr, immer größer" entspricht er zunehmend dem Leistungswahn unserer Gesellschaft. Dies steht im Gegensatz zu den eher traditionellen Erwartungen an den Berg und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen – nicht nur ältere – davon abgestoßen fühlen.

5. Vorschläge des Arbeitskreises Innenstadt/Bergkirchweih

Die Vorschläge sind kurz und knapp gehalten und orientieren sich an den Faktoren, die uns konkret beeinflussbar scheinen.

Die Vorschläge gehen in drei Richtungen:

- a) Bildung einer öffentlichen Meinung
 - Eine breite Diskussion in allen Bevölkerungsgruppen scheint notwendig unter dem Aspekt "unser Berg soll schöner werden", um alle relevanten Gruppen an einer Veränderung zu beteiligen. Dabei ist es nicht das Ziel, den Wirten und Schaustellern das Geschäft zu verderben, sondern bei allen Interessensgegensätzen andere Formen von feiern zu finden.
- b) Traditionelle Ansätze der (Jahrmarkt-) Kultur sollten wieder belebt werden, wie dies bei anderen Kirchweihen und Volksfesten praktiziert wird. Dies sollte mit gesellschaftlichen Gruppen, wie z.B. Universität, Sportvereine und andere Vereine diskutiert und entwickelt werden.
- c) Ordnungspolitische Maßnahmen sind notwendig, vor allem Verlängerungen der Sperrzeit in der Innenstadt, eventuell Einführung von Pfandsystemen.

Wichtig wird es sein, hier einen politischen Willen zu bekunden, auf dessen Basis der Arbeitskreis offiziell beauftragt wird, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Diese zeitintensive Aufgabe kann nur angegangen werden, wenn ein erklärter Wille und Auftrag vorliegt.

Voraussetzung ist aber, dass sich die Mitglieder der Fraktionen des Stadtrates klar positionieren und auch bereit sind, mit Mut vielleicht auch unpopuläre Maßnahmen zu beschließen, wenn stichhaltige Sachargumente dafür sprechen.

Wir können nicht davon ausgehen, dass sich die derzeitige negative Entwicklung selbst korrigieren wird. Beim Berg als Ausnahmezeit in einem sonst klar geregelten öffentlichen Raum ist mit einer Ausweitung von Körperverletzungs- und Sachbeschädigungsdelikten zu rechnen. Nicht zuletzt gilt es, die konstruktiven alkohol- und suchtpräventiven Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Glaubwürdigkeit zu stärken. Dabei orientieren wir uns an den Grundsätzen der Bayerischen Staatsregierung für

Drogen- und Suchtfragen (Beschluss der Bayerischen Staatsregierung vom 12. Juni 2007) "Die Bayerische Staatsregierung setzt weiterhin entschieden auf eine nachhaltige, wertorientierte Suchtpolitik. Das bedeutet glaubwürdige Prävention, Rechtssicherheit, konsequente Rechtsanwendung und Befähigung von Betroffenen zur Mobilisierung ihrer Selbsthilfekompetenz......wendet sich konsequent gegen einen falsch verstandenen Liberalismus im Umgang mit Suchtmitteln, gegen die Aufweichung von rechtlichen Schutzwällen und Nachgiebigkeit gegenüber modischen, gesellschaftlichen Trends."

6. Vorschläge des AKI zur Vorgehensweise

Vorgeschlagen wird eine inhaltliche Weiterentwicklung des Bergkonzeptes durch diesen oder einen anderen Arbeitskreis, unter Einbeziehung weiterer Teilnehmer, z.B. Bergwirte, Schausteller, Vereine und andere, mit einem präzisen Arbeitsauftrag.

Dabei ist nicht der "Berg 2010 (oder 2011)", sondern eine drei- bis fünfjährige Perspektive anzustreben.

(Welche Ressourcen sind zur Reali	sierung des Leistun	gsangebotes erforderlich?)
Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		
Haushaltsmittel		
werden nicht benötigt		
sind vorhanden auf Ivl bzw. im Budget auf Ks		
sind nicht vorhanden		

Protokollvermerk:

Das weitere Vorgehen soll nach der nächsten Bergkirchweih mit den dann gemachten Erfahrungen im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss behandelt werden.

Ergebnis/Beschluss:

- 1.Der JHA nimmt die schriftlichen Ergebnisse des AK Innenstadt zur Kenntnis.
- 2.Das Bergkonzept soll inhaltlich weiterentwickelt werden.
- 3.Der Fraktionsantrag der SPD Nr. 047/2010 vom 20.04.2010 ist hiermit abschließend behandelt.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10 111/045/2011

Satzung zur Regelung des ergänzenden Auswahlverfahrens der Stadt Erlangen für die Einstellung von Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern (Auswahlverfahrenssatzung - AuswVs)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Es soll die formell-gesetzliche Ermächtigung des Art. 22 Leistungslaufbahngesetz (LlbG) umgesetzt werden, bei Bewerberinnen/Bewerbern für den Vorbereitungsdienst der Qualifikationsebenen zwei und drei die persönliche Eignung im Rahmen eines ergänzenden Auswahlverfahrens zu prüfen.

Dadurch wird eine zukunfts- und bedarfsorientierte Personalauswahl entsprechend der sich stetig wandelnden Anforderungen im Hinblick auf Sozial-, Persönlichkeits- und Methodenkompetenz sichergestellt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die zu beschließende Satzung bildet Grundlage für die Anwendung des ergänzenden Auswahlverfahrens bei Regelbewerberinnen und Regelbewerbern für den Vorbereitungsdienst für die zweite und dritte Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

In Abstimmung mit dem Landespersonalausschuss wurde das in Erlangen angestrebte Auswahlverfahren festgelegt. Der LPA hat mit Beschluss vom 9.12.2011 seine Zustimmung zum vorgesehenen Verfahren erteilt. Als Umsetzungsgrundlage bedarf es des Satzungserlasses.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

Ergebnis/Beschluss:

Die Satzung zur Regelung des ergänzenden Auswahlverfahrens der Stadt Erlangen für die Einstellung von Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern (Auswahlverfahrenssatzung, AuswVS) wird hiermit beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 11 BM/ZV/008/2010/1

Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 094/2010

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Nach eigenen Angaben möchte der ver.di - Bezirk Mittelfranken ein breites Bündnis schmieden, um zusammen mit Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbänden für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsvorsorge einzutreten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Geschäftsführung von ver.di, Bezirk Mittelfranken, ist mit Schreiben vom 14.07.2010 an Herrn Oberbürgermeister Dr. Balleis herangetreten mit dem Vorschlag eine gemeinsame Erklärung "Rettet unsere Kommunen – für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge" mit ver.di und dem Gesamtpersonalratsvorsitzenden der Stadt zu unterschreiben. Die Städte Nürnberg und Fürth haben eine entsprechende Erklärung im vergangenen Juni unterzeichnet. Die Stadt Erlangen sieht nach dem Gespräch der Oberbürgermeister der Städteachse mit dem bayerischen Finanzminister keinen in der Sache zielführenden Ansatzpunkt in der vorgeschlagenen gemeinsamen Erklärung. Auf das zahlreiche und nachdrückliche Eintreten des Oberbürgermeisters für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen – insbesondere auch auf der Ebene des Städtetages - wird hingewiesen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Dringlichkeitsantrag zur Stadtratssitzung am 30.09.2010 der Fraktion Erlanger Linke vom 22.09.2010 wurde in der Stadtratssitzung vom 30.09.2010 in den zuständigen HFPA verwiesen und dort mit Hinweis auf ein Gespräch der Oberbürgermeister mit dem bayerischen Finanzminister vertagt.

Ergebnis/Beschluss:

Eine gemeinsame Erklärung wird seitens der Stadt Erlangen nicht weiter verfolgt.

Der Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 094/2010 vom 22.09.2010 ist damit bearbeitet.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen mit 8 gegen 5

TOP 12 11/037/2011

Personalbericht 2010

Sachbericht:

Gem. Beschluss des HFPA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2010 wird plangemäß in der 11. KW 2011 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder als CD beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an, stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

Ergebnis/Beschluss:

- Einbringung -

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 13 112/033/2011

Umsetzungscontrolling der Maßnahmen Rödl & Partner zur Haushaltskonsolidierung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel des Projektcontrollings ist die Sicherstellung und die Dokumentation des Einsparvolumens aus den beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die finanziellen Auswirkungen der umgesetzten Konsolidierungsvorschläge werden von den Untersuchungsbereichen erfasst und zur Weiterverarbeitung an Abt. 112 gemeldet.

Anhand der regelmäßigen Berichtsmeldungen der Untersuchungsbereiche erfasst die Abt. 112 die Daten mittels einem von Fa. Rödl & Partner überlassenen Controllinginstrument.

Der erste Controllingbericht soll im September-HFPA 2011 erfolgen.

3. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

 \bowtie

werden nicht benötigt

Ergebnis/Beschluss:

- Die Untersuchungsbereiche Amt 11, Amt 24, Amt 50 und Amt 51 berichten dem HFPA halbjährlich in Controllingberichten über die Umsetzungen der vom Stadtrat am 24.02.2011 aufgrund der Vorschläge von Rödl & Partner beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.
- 2. Die Koordination und Vorlage der Controllingberichte erfolgt durch das Personal- und Organisationsamt, Abteilung Organisation (Abt. 112).

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 14 II/072/2010

Ausbildungsbericht 2010

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Steigerung der Ausbildungsfähigkeit bei jugendlichen EntlassschülerInnen der Erlanger Hauptschulen

Unterstützung bei der Entwicklung von Einmündungsperspektiven für SchülerInnen jedweden Schultyps (im KOMBI-Büro)

Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätze nach Bedarf

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Fortführung des Übergangsmanagements an den Erlanger Hauptschulen

KOMBI: Fortführung der Informations-, Beratungs- und Vermittlungsleistung des Kommunalen Beratungs- und Informationsbüros rund um Ausbildung

Außerschulischer Kooperationspartner der staatlichen Berufsschule Erlangen zur Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den beiden Berufsvorbereitungsjahren

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einsatz von Sozialpädagoginnen an den Hauptschulen vor Ort in Kooperation mit den Schulleitern, Jugendsozialarbeitern und Lehrkräften

Fortführung des Beratungs- und Vermittlungsprozesses im KOMBI

Qualifizierung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler des Berufsvorbereitungsjahres

4.	. Ressourcen (Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?									
	Investitionskosten:	€	bei IPNr.:							
	Sachkosten:	€	bei Sachkonto:							
	Personalkosten (brutto):	€50.000,	bei Sachkonto:							
	Folgekosten	€	bei Sachkonto:							
	Korrespondierende Einnahme	n €	bei Sachkonto:							
	Weitere Ressourcen									
	Haushaltsmittel									
	werden nicht ber	nötigt								
	sind vorhanden a bzw. im Budget a									
	sind nicht vorhar	nden								

Zusammenfassung

1 Der Erlanger Ausbildungsmarkt (Daten der Arbeitsagentur) - Seite 4 -

<u>Zunahme</u> der Ausbildungsplätze um <u>7,1%</u> gegenüber dem Vorjahr (in 2009 <u>Rückgang</u> um 15,6%, in 2008 <u>Rückgang</u> um 2,7%)

<u>Zunahme</u> der BewerberInnen um 12,4% zum Vorjahr (in 2009 Rückgang um 23,5%, in 2008 Rückgang um 1,6%)

Im Geschäftsstellenbezirk weniger Stellen als Bewerber (1250:1383, Vj. 1167:1230, Vvj. 1383:1378)

Unversorgte Jugendliche zum 30.09.2010: 53 (2009: 60, 2008: 4, 2007: 27)

Nicht besetzte Ausbildungsstellen zum 30.09.2010: 122 (2009: 58, 2008: 78, 2007: 52)

2 Jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt - Seite 5 - (Daten der Erlanger Hauptschulen)

Ausbildungsquote in den drei Erlanger Hauptschulen: 32,4% (Vorjahr 27,0%, Vvj. 23,0%)

Anteil jugendlicher EntlassschülerInnen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss: 51,2% (Vj. 54,8%)

Hauptschulabsolventen in der staatlichen Berufsschule ohne Ausbildungsvertrag: 61 (Vj. 89, Vvj. 96)

3 Übergangsmanagement

- Seite 5 -

Umsetzung des Übergangsmanagements in den Erlanger Hauptschulen: **264 SchülerInnen** – Vj. 320 (Eichendorff-Hauptschule, Ernst-Penzoldt-Hauptschule, Grund- und Hauptschule Büchenbach Nord, Hermann-Hedenus-Hauptschule)

Schüler im Übergangsmanagement 2009/2010: **186** (Vj. 225, Vvj. 169) davon:

Wiederholer: 18% (Vj. 15%), Ausbildung: 47% (Vj. 39%), weiterführende Schule: 12% (Vj. 13%), Staatliche Berufsschule Erlangen: 18% (Vj. 23%)

4 Kommunales Beratungs- und Informationsbüro – KOMBI

- Seite 12 -

- Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Hilfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen

5 Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2007

- Seite 13 -

Abgeschlossene Verträge: 48 (Vorjahr 50)

Angesprochene Unternehmen, akquirierte Plätze: 48 (Vorjahr 55)

6 GGFA Bericht - Jugend in Ausbildung 2009

- Seite 13

Vermittlung in Ausbildung 43 (Vj. 55) und in schulische Ausbildung 28 (Vj. 19) von insges. 98 (Vj. 118) ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen

7 Zahlen der Berufsberatung

- Seite 15 -

1. Zur Ausbildungssituation in der Geschäftsstelle Erlangen der Agentur für Arbeit

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und Bewerber/innen (2010): Daten der Arbeitsagentur für das Stadtgebiet und Teile des Landkreises Erlangen-Höchstadt:

	März	Mai	Juni	August	September
Berufsausbildungsstellen	887	1.034.	1.097	1.204	1.250
Bewerber/innen	996	1.167	1.252	1.346	1.383
Noch nicht besetzte Ausbildungsstellen (noSt)	543	511	464	341	122
Noch nicht vermittelte Bewerber/innen (nvB)	568	541	491	229	53
B:ST Relation	100:89	100:89	100:88	100:89	100:90
nvB:noSt Relation	100:95	100:94	100:95	100:149	

Quelle: Arbeitsagentur Nürnberg, Information und Controlling (im Jahr 2009 nur quartalsweise Erstellung der Berichte)

Im Vorjahresvergleich stieg das Angebot an Ausbildungsplätzen im September um +7,1% (1.167 Stellen im September 2009), die Zahl der BewerberInnen um 12,4% (1.054 BewerberInnen im September 2009).

Insgesamt wurde der Agentur für Arbeit Nürnberg mit ihren Geschäftsstellen in Erlangen, Fürth, Lauf und Schwabach 7.904 Berufsausbildungsstellen gemeldet, dies sind 664 oder 9,2% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die der Agentur für Arbeit Nürnberg gemeldeten Ausbildungsstellen der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken betrugen 5.212. Das sind 406 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der von der Handwerkskammer für Mittelfranken an die Arbeitsagentur gemeldeten Ausbildungsplätze betrug 1.456. Das ist eine Steigerung von 84 im Vergleich zum Vorjahr.

Stellenmeldungen nach Berufsbereichen im Geschäftsstellenbezirk Erlangen:

	<u>Stellen</u>	<u>Veränderungen in %</u>
Pflanzen, Landwirtschaft	13	30,0
Metallberufe	180	25,0
Elektroberufe	37	-11,9
Ernährungsberufe	83	- 1,2
Bau- u. Baunebenberufe einschl. Tischler	45	60.7

Druckberufe u. übrige Fertigungsberufe	25	38,9
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe		
Technische Berufe	30	- 26,8
Waren- u. Dienstleistungskaufleute	370	6,3
Verkehrsberufe	24	84,6
Org, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	- 3,4
Hausw. u. Reinigungsberufe	119	- 4,0
Übrige Dienstleistungsberufe	99	20,7

Förderleistungen der Agentur für Arbeit Nürnberg für das Berufsjahr 2009/2010:

-	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen:	112 Plätze
-	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen:	30 Plätze
-	Ausbildungsbegleitende Hilfen:	<u>159</u> Plätze
		<u>301</u> ges.

2. Die Situation für jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt

Verbleibsangaben der Erlanger Hauptschulen zum 31.07.2010

	Entlass- schüler ges.	Ausbildungs- vertrag	Ausbildungs- quote in %	Besuch weiter- führende Schule	Freiwillige Wieder- holer	BVJ oder Jung- arbeiterklasse sowie BGJ
10. Klasse	83	35	42,2	31	3	14
9. Klasse	211	71	34,0	33	46	61
8. Klasse	31	1		0	26	5
7. Klasse	2	0		0	2	0
Gesamt	327	106	32,4	64	77	71

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Ausbildungsquote um 5,4% (Quote 2009: 27%). In den 9. Klassen stieg die Quote um 9,5% (24,5%).

Schulabschlüsse

	Entlass- schüler ges.	Mittlerer Bildungs- abschluss	Qualifizierender Hauptschulabschl uss	Hauptschu I- abschluss	Ohne HS-Ab- schluss
10. Klasse	83	80	0	3	
9. Klasse	211		108	92	11
8. Klasse	31				31
7. Klasse	2				2

In den 9. Klassen erreichen 51,2% den qualifizierenden Hauptschulabschluss, im Vorjahr 54,8%.

Verbleib/Einmündungsergebnis

SchülerInnen in der staatlichen Berufsschule:

Berufsvorbereitungsjahr 32 Jungarbeiterklasse 29

gesamt 61

Das "Berufsvorbereitungsjahr" kooperativ bereitet auf die Aufnahme eine Ausbildungsverhältnisses vor. In den beiden kooperativen Berufsvorbereitungsjahren übernimmt im Jahrgang 2010/2011 JAZ e.V. die außerschulische Betreuung der SchülerInnen. An 2,5 Tagen pro Woche erhalten die TeilnehmerInnen abgestimmte Förderung zur Entwicklung der Ausbildungsfähigkeit in den Berufsfeldern "gewerblichtechnisch" und "Büroorganisation/Hauswirtschaft". SchülerInnen ohne Schulabschluss können bei entsprechender Leistung den einfachen Hauptschulabschluss erwerben. Bei entsprechender Leistungsbereitschaft können die SchülerInnen auch den Qualifizierenden Hauptschulabschluss als Externe ablegen.

Drei Schüler konnten zu Beginn der Maßnahme bereits in eine Einstiegsqualifizierung vermittelt werden (Koch, Klimamechaniker, Bauzeichner). Der Einsatz des außerschulischen Kooperationspartners erfolgt nicht zeitgleich mit dem Beginn der Berufsschule. Die Zeit von 14.09. – 18.10. wurde jedoch für Einzelgespräche und Zielvereinbarungen genutzt. Der überwiegende Teil der SchülerInnen ist bereits über unser Übergangsmanagement bekannt, so dass die dort begonnene "Entwicklungsarbeit" fortgesetzt werden kann.

3. Das Erlanger Übergangsmanagement

Im März 2007 startete das Erlanger Übergangsmanagement als Brücke zum Beruf in den Erlanger Hauptschulen.

Ziele sind:

- Entwicklung und Förderung der Ausbildungsfähigkeit
- Förderung der Berufswahlreife
- Entwicklung von Einmündungsperspektiven in den Ausbildungsmarkt
- Vermittlung in Ausbildung.

Methodisch beruht das Übergangsmanagement auf den Säulen Kompetenzfeststellung, Vermittlung sozialer Kompetenzen, Förderung schulischer Kompetenzen und berufliche Orientierung. Dabei wird ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt, d.h. jeder Jugendliche bringt grundsätzlich Fähigkeiten, Neigungen und Eignungen als entwicklungsfähige Basis mit.

Der Verein JAZ e.V. führt das Übergangsmanagement als kommunales Angebot einer Brücke zum Beruf durch. Hierzu sind zwei Sozialpädagoginnen regelmäßig an den Schulen vor Ort, um mit den SchülerInnen der Jahrgangsstufe 8 – 10 zu arbeiten. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 83 SchülerInnen der 8. Klassen und 186 SchülerInnen der 9. Klassen betreut.

Das Übergangsmanagement findet in enger Kooperation mit den Schulleitern, den Klassenlehrern sowie der Jugendsozialarbeit an Schulen und den Berufsberatern der Arbeitsagentur statt.

Die Präsenz und die Kontinuität an den Schulen waren besonders wichtig, um den Kontakt zu den LehrerInnen und SchülerInnen herzustellen. Das Angebot von JAZ ist für die SchülerInnen freiwillig, weshalb ein großer Wert auf dem Aufbau einer Vertrauensbasis und einer intensiven Motivationsarbeit liegt, sodass die Angebote wahrgenommen werden.

Kontaktaufnahme

Die Kontakte zu den Schülern wurden auf verschiedene Arten hergestellt.

Die Minimalform des Kontaktes entstand im *Klassenkontext*. Bei regelmäßigen Terminen mit jeder Klasse wurden auf niedrigschwelligem Niveau Informationen weitergegeben, Fragen beantwortet und Informationen über den Stand der Bewerbungsprozesse eingeholt. Die Klassenlehrer waren üblicherweise gerne bereit, hierfür Zeit einzuplanen.

Neben den Klassenkontakten fanden häufig auch sogenannte *Kurzgespräche* statt. Diese dienten zum größten Teil der Übermittlung von kurzen Informationen oder der Klärung von Sachfragen. So wurden beispielsweise das Erledigen von Arbeitsaufträgen, Rückmeldungen aus dem Bewerbungsprozess, oder Terminvereinbarungen abgefragt oder auch kurze Fragen zur Ausbildungsvergütungen, Ausbildungsverträgen und rechtlichen Regelungen geklärt.

Eine besondere Bedeutung hatten jedoch die *Einzelgespräche*. Diese beleuchteten zunächst die Interessen und Fähigkeiten der SchülerInnen, wobei oft auf ihre persönliche und familiäre Situation eingegangen wurde, soweit die Bereitschaft und Notwendigkeit dazu bestand. Ziel dessen war es, den Schülerinnen und Schülern zu einer realistischen Einschätzung ihrer Stärken und Schwächen und somit zu einer realistischen Perspektiv-Planung zu verhelfen. Diese Art von Gesprächen stand oft am Anfang der Zusammenarbeit und leitete meist eine recht intensive Kooperation ein. Umfangreichere Einzelkontakte fanden im Rahmen eines längeren Beratungsverlaufes entweder im Berufsorientierungsbüro an den Schulen vor Ort statt oder auch im JAZ-Büro in der Innenstadt.

Inhalte dieser Einzelkontakte war zum Einen die Suche nach Praktikums- und/oder Ausbildungsstellen. Die Schüler erhielten eine Einweisung in die unterschiedlichen Suchmethoden. Sie konnten vor Ort Stellen recherchieren und ausdrucken und erhielten dabei Unterstützung und Anregung durch die zuständige Sozialpädagogin der jeweiligen Schule. Gemeinsam konnten dann individuell andere Methoden der Stellensuche besprochen und als Arbeitsauftrag mitgegeben werden.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass besonders der Bewerbungsprozess für die Schülerinnen und Schüler schwer zu bewältigen ist, weshalb das Erstellen von aktuellen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, sowie die Vorbereitung auf Vorstellungssituationen und –gespräche einer der wichtigsten Bestandteile der Arbeit waren. Anhand des jeweils verfügbaren Materials wurden individuelle Bewerbungen für einzelne Betriebe (Praktikum oder Ausbildung) erstellt, bzw. existierende Bewerbungen korrigiert und überarbeitet, sodass die Schülerinnen und Schüler diese ausdrucken und zusammenstellen oder als Datei mit nach Hause nehmen konnten. Bei anstehenden Vorstellungsgesprächen gab es die Möglichkeit die zu erwartende Situation einzuüben und zu reflektieren. Bei Bedarf wurden auch verfügbare Unterlagen von Einstellungstests verwendet, um den SchülerInnen den Zugang zu erleichtern und ihnen die Angst vor neuen Situationen zu nehmen.

Gründe der SchülerInnen für die Kontaktaufnahme

Da es das allgemeine Ziel der Arbeit ist, den Jugendlichen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und Zukunftsperspektiven zu eröffnen, ist eine eignene Initiative und Leistung der Schüler sehr wichtig für den Erfolg des Übergangsmanagements. Die Schülerinnen und Schüler der vier Hauptschulen kamen aus verschiedenen Gründen ins Berufsorientierungsbüro der jeweiligen Schule oder Ins JAZ-Büro in der Stadt. Einige waren sich noch nicht über ihre berufliche Perspektive im Klaren und benötigten Unterstützung beim Finden eines passenden Berufswunsches, während andere Hilfe bei der Suche von geeigneten Praktikums- oder Ausbildungsplätzen suchten. Einige SchülerInnen waren sehr weit in ihrer beruflichen Orientierung und kamen mit ganz gezielten Fragen zu Ausbildungsverfahren, Ausbildungsvergütungen oder rechtlichen Regelungen. Wieder andere hatten einen ganz allgemeinen Gesprächsbedarf oder nahmen die Hilfe beim Erstellen einer aussagekräftigen Bewerbung in Anspruch.

Intensität der Kontakte

Die Intensität der Kontakte ist an allen vier Schulen sehr unterschiedlich. Das Ziel des Übergangsmanagements ist es, mit Hilfe der jeweils zuständigen Pädagogin alle Schülerinnen und Schüler zu erreichen, doch durch den freiwilligen Charakter ergibt sich ein vielfältiges Bild.

Etliche SchülerInnen nutzten die Beratungs- und Unterstützungsangebote sehr regelmäßig, woraus eine starke Verbindlichkeit für beide Seiten entstand, da gemeinsam ein kontinuierlicher Prozess verfolgt, bzw. begleitet wurde. Einige SchülerInnen haben die Kontakte nur einen begrenzten Zeitraum bzw. mit geringer Intensität aufrecht erhalten, da es um konkrete Fragestellungen ging oder um Angebote, die keine allzu große Kontinuität erfordern. Wieder andere hatten kein Interesse an einer Zusammenarbeit oder zeigten zu wenig Eigeninitiative, sodass die Fortführung der Arbeit nicht möglich war. Für das fehlende Interesse an einer Zusammenarbeit gibt es verschiedene Gründe. Einige SchülerInnen hatten bereits eine sichere Aussicht auf einen Ausbildungsplatz in dem gewünschten Berufsfeld, bzw. einen bereits abgeschlossenen Ausbildungsvertrag, sodass der Bedarf nach einer weiteren Unterstützung nicht gegeben war. Andere SchülerInnen sahen jedoch schlicht und ergreifend keine Notwendigkeit, sich um die persönliche Perspektivplanung zu kümmern oder hatten einfach keine Lust sich mit dem Thema Ausbildung zu beschäftigen. Gründe dafür sind oft mangelnde Reife oder Motivationsmangel.

Insgesamt haben 179 von 186 SchülerInnen und somit 96% der Jahrgangsstufe 9 gezielt die Angebote des Übergangsmanagements genutzt. Bei 46 von ihnen war der Kontakt weniger intensiv (1-3 Termine), bei 133 Schülernnen dagegen sehr intensiv (4-27 Termine).

Von insgesamt 78 SchülerInnen der 8. Jahrgangsstufe haben 52 SchülerInnen und somit 66% das Übergangsmanagement genutzt. Dabei war der Kontakt bei 37 von ihnen weniger intensiv (1-3 Termine), bei 15 SchülerInnen sehr intensiv (4-12 Termine).

Verbleib der SchülerInnen der Jahrgangsstufe 9

Von den insgesamt 186 SchülerInnen des Abschlussjahrganges 2010 haben 47% den qualifizierenden Hauptschulabschluss gemacht, 45% den erfolgreichen Hauptschulabschluss und 8% haben die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Von allen 78 SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben 37 den qualifizierenden, 28 den erfolgreichen und 3 gar keinen Hauptschulabschluss gemacht.

Insgesamt können von den 186 Schülerinnen und Schülern des Abschlussjahrganges 2010 der vier Erlanger Hauptschulen 54% als erfolgreich vermittelt bezeichnet werden. Von diesen 54% konnten 25% in eine duale Ausbildung vermittelt werden, 17% bekamen einen Platz an einer der im Umkreis liegenden Berufsfachschulen, um dort eine schulische Ausbildung zu absolvieren und jeweils 6% wechselten auf die Wirtschaftsschule oder aufgrund ihres guten qualifizierenden Abschlusses in einer der 10M Klassen, um im Sommer 2011 die Mittlere Reife zu erlangen.

Dabei sind 33% aller SchülerInnen mit einem Hauptschulabschluss erfolgreich vermittelt worden, 81% mit einem qualifizierenden Abschluss und 6% ohne Abschluss.

Von diesen erfolgreich vermittelten SchülerInnen haben 35% einen Migrationshintergrund, was insgesamt 51% aller Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund ausmacht. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern wurden insgesamt 55% erfolgreich vermittelt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	ws	10M	BGJ	BFS	EQJ	Α	Son
o.A.	8	2	1	3	1	3	0	0	0	0	1	1	1
HS	45	22	3	15	8	1	0	0	1	6	2	9	5
Quali	47	19	4	0	7	0	6	6	1	11	0	15	1
gesamt	100	42	8	18	15	3	6	6	2	17	3	25	6

Ergebnis des Übergangsmanagements im Schuljahr 2009/2010

9. Klassen

In %	Eichendorff-HS		Ernst-Penzoldt-HS		Mönau-Schule		Hermann-Hedenus	
	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09

o. A. (1)	10	13	15	4	0	3	0	2
HS (2)	57	34	40	48	43	34	32	36
Quali	33	53	45	48	57	63	68	62
Mig (3)	67	53	42	53	22	35	9	25
SGB (4)	13	22	0	16	16	25	0	4
Wdh (5)	22	18	18	13	14	14	14	9
BS (6)	25	18	9	37	25	24	12	14
w. S. (7)	12	10	16	10	9	14	14	20
Ausb.(8)	36	41	49	33	47	40	60	48
Son. (9)	5	13	8	7	5	8	0	9
S. (10)	60	86	60	60	44	35	22	44
S Af (11)	36	51	34	43	32	22	16	28
A Af (12)	58%	69%	85%	47%	66%	64%	81%	75%

⁽¹⁾ ohne Abschluss, (2) Hauptschulabschluss, (3) Migrationshintergrund, (4) Hartz IV Bezug, (5) Wiederholen der 9. Klasse, (6) Berufsvorbereitungsjahr oder Jungarbeiterklasse an der Berufsschule, (7) Wechsel in die Wirtschaftsschule oder in den M-Zweig der Hauptschule, (8) Ausbildung in einer Berufsfachschule, Einstiegsqualifizierung oder duale Ausbildung, (9) Wegzug, FSJ, Mutterschutz, (10) Schüler gesamt absolut, (11) ausbildungsfähige Schüler absolut, (12) Ausbildungsquote in Bezug auf ausbildungsfähige Schüler in Prozent

(11) Ausbildungsfähige Schüler = Schüler gesamt abzüglich Wiederholer, weiterführende Schule und Sonstige.

	2009/2010	2008/2009
Schüler gesamt	186	225
Ausbildungsquote gesamt	47%	37%
Ausbildungsfähige Schüler gesamt	118	144
Ausbildungsquote in Bezug auf Ausbildungsfähigkeit gesamt	71%	63%

Ernst-Penzoldt-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 102 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmanagement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, dem Schulsozialpädagogen und der Schulpsychologin vereinfachten die Kontaktaufnahme und ermöglichten das Eingehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 42 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 19 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen. Neben jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse, in denen der erste Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt wurde und offene Fragen geklärt wurden, spielten hier die Einzelkontakte mit den SchülerInnen eine besonders große Rolle. Die Schüler nutzten die Einzelkontakte, um erste Probe-Bewerbungen zu schreiben und ihren eigenen Lebenslauf zu erstellen. Außerdem bekamen sie schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und

die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen. Neben den Einzelgesprächen im Berufsorienterungsbüro des JAZ e.V. an der Schule nutzten 14 Schülerinnen und Schüler zusätzlich das Angebot persönlicher Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt rund 5 mal in Anspruch, dabei variierte die Häufigkeit der Einzelkontakte zwischen 0 und 12.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 SchülerInnen (26 Jungen und 34 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse wurde zunächst der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt. Später ging es besonders um die Motivation der Schüler sowie um die Klärung wichtiger Fragen. Doch von besonderer Bedeutung waren die Einzelkontakte mit jedem Schüler. Dabei nutzten 16 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im Berufsorienterungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt kamen die Schülerinnen und Schüler rund 8 Mal zu einem Einzelgespräch ins JAZ-Büro und/oder in das Berufsorientierungsbüro in der Schule. Die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte variierte dabei je nach Bedarf zwischen 1 und 27. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	ws	10M	BGJ	BFS	EQJ	Α	Son
o.A.	15	0	0	8	2	2	0	0	0	0	2	0	2
HS	40	13	0	10	5	0	0	0	3	5	3	7	7
Quali	45	15	0	0	0	0	3	13	0	17	0	12	0
gesamt	100	42	0	18	7	2	3	13	3	22	5	19	9

Hermann-Hedenus-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 73 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Anfangs wurde das Übergangsmanagement etwas zögerlich angenommen, doch nachdem deutlich wurde, dass JAZ nicht vor Ort ist, um die Arbeit der schuleigenen Sozialpädagogen zu übernehmen, lief die Zusammenarbeit sehr gut.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, ermöglichten eine kontinuierliche Kontaktaufnahme zu den Schülerinnen und Schülern, denn diese kamen oft erst nach einer Auffroderung durch den Lehrer oder nach gemeinsamen Terminen mit dem JAZ und der Klasse zu einem Beratungsgespräch. Die LehrerInnen schätzten die Arbeit von JAZ an der Schule und suchten den Kontakt bei Fragen rund um Ausbildung, Berufsorientierung und Bewerbung.

Jahrgangsstufe 8

Zum Schuljahresbeginn stellte JAZ seine Arbeit an der Schule vor und bot den 8. Klassen Unterstützung bei der Suche nach Praktikumsplätzen an. Da die Lehrerinnen und Lehrer jedoch sehr aktiv waren und ihre SchülerInnen sehr motiviert und unterstützt haben, blieben nur einzelne Schülerinnen und Schüler, die die Hilfe im Berufsorientierungsbüro benötigten.

Zum Schuljahresende kamen die LehrerInnen der 8. Klassen auf das JAZ zu und baten um Unterstützen beim Verfassen von Bewerbungsunterlagen. Daraufhin wurden der Aufbau einer Bewerbung sowie verschiedene Formulierungen für unterschiedliche Bewerbungen im Unterricht besprochen und die Schüler erstellten Bewerbungsunterlagen. Diese wurden von JAZ gesichtet und ggf. verbessert. Die Jugendlichen freuten sich sehr über die Möglichkeit der Unterstützung, da sie sich dann gleich zu Beginn der 9. Klasse bewerben könnten.

Gemeinsam mit JAZ und einem Schülerpaten wurden weiterhin Vorstellungsgespräche erarbeitet und spielerisch ausprobiert. Die Schüler bekamen ein Feedback, um sich beim nächsten Mal anders, besser oder gleich gut zu verhalten.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 22 SchülerInnen (16 Jungen und 6 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den drei Klassenterminen wurde der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern hergestellt und es wurden wichtige Fragen geklärt. 16 der 22 Schülerinnen und Schüler nutzten die Möglichkeit des Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro in der Schule, 4 davon nahmen auch einen persönlichen Termin im JAZ-Büro in der Stadt in Anspruch. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 2 mal in Anspruch, dabei veriierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 0 und 8. Die Schülerinnen und Schüler kamen meist mit sehr gezielten Fragen zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen oder zur Suche von geeigneten Praktikumsplätzen. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen außerdem Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	ws	10M	BGJ	BFS	EQJ	Α	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	32	5	0	14	5	0	0	0	0	0	5	9	0
Quali	68	5	0	0	9	0	14	0	9	5	0	32	0
gesamt	100	9	0	14	14	0	14	0	9	5	5	41	0

Grund- und Hauptschule Büchenbach-Nord

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 78 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Das Übergangsmanagement lief zunächst sehr schleppend an, da von Seiten der Schulleitung genaue Regeln kommuniziert wurden und die Lehrer sich weitestgehend allein um die Unterstützung ihrer Schülerinnen und Schüler kümmerten. Erst nach mehrmaligem Anbieten von Unterstützungsleitungen durch JAZ, nahmen vereinzelte SchülerInnen die Hilfe an.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 34 Schülerinnen und Schüler (22 Jungen und 12 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen.

In den jeweils 2 Terminen pro Klasse wurde der erste Kontakt mit den SchülerInnen hergestellt und es wurden offene Fragen bezüglich der Praktika geklärt. Neben den Klassenterminen nutzten 18 Schülerinnen und Schüler zusätzlich die Möglichkeit eines Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro an der Schule. Das Verfassen von Bewerbungsunterlagen stand dabei eher im Hintergrund. Die SchülerInnen bekamen statt dessen schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 44 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 21 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut.

In enger Absprache mit den Klassenlehrern und der schuleigenen Sozialpädagogin wurden Termine mit den Schülern vereinbart. Dabei nutzten 18 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im

Berufsorienterungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 4 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 21.

Neben den Einzelkontakten spielten jedoch die jeweils 12 - 13 Termine pro Klasse eine besondere Rolle. Durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ im Unterricht wurden die SchülerInnen dahingehend motiviert, wie wichtig es ist, sich um eine geeignete Lehrstelle, schulische Ausbildung oder einen weiteren Schulbesuch zu kümmern und das Angebot von JAZ an der Schule vor Ort zu nutzen.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	ws	10M	BGJ	BFS	EQJ	Α	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	43	11	7	14	9	2	0	0	0	11	0	2	5
Quali	57	11	9	0	14	0	9	0	0	7	0	27	0
gesamt	100	22	16	14	23	2	9	0	0	18	0	29	5

Eichendorff-Hauptschule

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 Schülerinnen und Schüler (36 Jungen und 24 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmanagement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Neben jeweils 10 – 18 Terminen pro Klasse, in denen der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt und ein Bewusstsein für ihre berufliche und aktuelle Situation geschaffen wurde, waren wie in allen Schulen die Einzelkontakte mit jedem Schüler von großer Bedeutung. Dabei nutzten 44 SchülerInnen nicht nur den direkten Kontakt zu JAZ in der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 10 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 26. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	ws	10M	BGJ	BFS	EQJ	Α	Son
o.A.	10	7	3	2	0	7	0	0	0	0	0	2	0
HS	57	38	5	20	10	0	0	0	0	7	0	15	5
Quali	33	22	5	0	8	0	5	7	0	10	0	2	2
gesamt	100	67	13	22	18	7	5	7	0	17	0	19	7

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Übergangsmanagement an den Erlanger Hauptschulen insgesamt sehr gut angenommen wurde. Besonders an der Ernst-Penzoldt-Hauptschule und der Eichendorff-Hauptschule waren die Lehrer und Schüler sehr dankbar für das Angebot der Unterstützung bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche sowie bei Bewerbungsverfahren. Doch trotz der hohen Eigenaktivität und Kompetenz der LehrerInnen an der Mönau-Hauptschule und der Hermann-Hedenus Hauptschule wurde JAZ e.V. auch hier oft zur Beratung hinzugezogen oder SchülerInnen nutzten das Angebot zum Einzelkontakt im JAZ-Büro in der Stadt. Insgesamt wurden viele der SchülerInnen durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an den Schulen angeregt und motiviert etwas für ihre Zukunft zu tun und sich bei Fragen und Schwierigkeiten Hilfe zu holen.

Perspektiven für das Übergangsmanagement

Aus den Erfahrungen der drei Jahrgänge Übergangsmanagement an der Hauptschule lassen sich für die Perspektiven der weiteren Arbeit einige Schlussfolgerungen ziehen.

- 1. Der Bedarf an Unterstützung für die SchülerInnen der Hauptschulen im Bezug auf Berufsorientierung sowie allgemeiner Perspektiv- und Lebensplanung steigt stetig. Das liegt zum einen daran, dass die Hauptschule immer stärker zum Sammelbecken für sozial benachteiligte und leistungsschwache SchülerInnen wird, die sich zunehmend schwer tun, eigene Perspektiven zu entwickeln. Die familiäre Situation der SchülerInnen ist oft nicht geeignet, hier adäquate Unterstützung zu leisten. Auch sind Lebensentwürfe nicht mehr so leicht tradierbar wie in früheren Jahren. Die Klassenlehrer sind jedoch nicht in der Lage, den gesamten Bedarf aufzufangen oder zu befriedigen, sodass die Einrichtung eines eigenen Übergangsmanagements mit sozialpädagogischem Charakter nötig ist.
- 2. Übergangsmanagement braucht einen engen Kontakt zur Schule und den Lehrkräften, sowie eigene Arbeits- und Besprechungsräume. Denn gerade zu Beginn muss für die SchülerInnen die Hemmschwelle zur Nutzung der Angebote so gering wie möglich gehalten werden. Als positiv hat sich die Zusammenarbeit mit dem/der JugendsozialarbeiterIn an der Schule erwiesen. So können die Tätigkeiten intern koordiniert werden und schulinterne Teamstrukturen aufgebaut werden, die eine gegenseitige Unterstützung und einen konstruktiven Austausch ermöglichen.
- 3. Zum Aufgabenfeld des Übergangsmanagements gehören neben konkreter Berufsorientierung und Vermittlungsunterstützung vor allem auch die Förderung von Sozialkompetenzen und Schlüsselqualifikationen sowie im weitesten Sinne die Entwicklung von Lebensentwürfen. Daher ist es sinnvoll, bereits die 8. Jahrgangsstufen mit in das Angebot einzubeziehen bzw. ein eigenes Angebot für diese SchülerInnen zu entwerfen. Hier ist es möglich, zum Beispiel Praxis-Workshops und intensive Betriebserkundungen anzubieten. Auch können allgemeinere Themen aus dem Bereich Sozialkompetenzen und Lebensplanung viel entspannter und somit nachhaltiger angegangen werden.
- 4. Der Kompetenzbereich Übergangsmanagement muss verbindlich in der Jugendhilfe an Schulen verankert und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, sodass er nicht weiter den Unwägbarkeiten befristeter Projekte unterliegt. Er kann nicht als zusätzlicher Aufgabenbereich für den/die JugendsozialarbeiterIn an der Schule verstanden werden, sondern braucht eine eigene professionelle Kraft. Zugleich muss eine klare Struktur geschaffen werden, die alle beteiligte Kräfte einbindet und eine Kooperation möglich macht.
- 5. Im Sinne eines erfolgreichen und nachhaltigen Übergangsmanagements ist ein Ausbau von Ganztagesklassen unbedingt zu wünschen, da die Erfahrung zeigt, dass hier ein wesentlich intensiverer Kontakt mit und damit auch eine bessere individuelle Förderung der SchülerInnen möglich ist.

4. KOMBI-Kommunales Beratungs- und Informationsbüro rund um Ausbildung

Die offenen und großzügigen Räumlichkeiten erlauben eine vielseitige und intensive Nutzung. Beratungsgespräche, Bewerber-Coaching, Nachhilfe, Gruppentrainings und die Erstellung von Bewerbungsunterlagen werden im KOMBI durchgeführt.

50 Jugendliche aus anderen Schultypen und dem Landkreis nutzten im Jahr 2010 das umfangreiche Beratungsangebot. In den meisten Fällen ging es um den Prozess der Berufsfindung, Üben von Vorstellungsgesprächen und Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Bei den 10 RealschülerInnen ging es überwiegend um Fragen rund um Bewerbung sowie einzelne Berufsbilder. Die 6 Absolventen mit Hauptschulabschluss wurden unterstützt auf ihrem Weg in eine Einstiegsqualifizierung, bei den 23 Jugendlichen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss wurden Gespräche über berufliche Orientierungen geführt. 9 SchülerInnen ohne Schulabschluss wurden hinsichtlich Perspektiven beraten. Ein Abiturient und zwei Fachabiturienten erkundigten sich über das duale Berufsausbildungssystem und hatten keinerlei Vorstellung darüber, welchen Beruf sie gerne ausüben würden.

Daneben werden die SchülerInnen der vier Erlanger Hauptschulen immer wieder dazu aufgefordert, ihre Bewerbungsunterlagen im KOMBI mit Unterstützung zu erstellen. Dies entlastet die Sozialpädagoginnen vor

Ort, da sich gezeigt hat, dass Gespräche einen intensiveren Entwicklungsprozess in Gang setzen als das gemeinsame Anfertigen von Bewerbungsunterlagen in der Schule. Die Zeit in der Schule sollte für Persönlichkeitsentwicklung, Gruppentrainings und Gespräche genutzt werden, die letztendlich stets auf die richtige Berufswahl fokussieren.

Das Angebot nutzten im Schuljahr 2009/2010 **110 SchülerInnen**, 74 davon mit Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Anwesenheit beträgt dreimal.

Im KOMBI werden die Bewerbungsunterlagen der SchülerInnen gespeichert und stehen so jederzeit für Anpassungen zur Verfügung. Auch lässt sich hier der Bewerbungsprozess gezielter überwachen und die Jugendlichen müssen auch selbst etwas tun. Den Weg ins KOMBI zu finden ist schon ein Schritt in die Richtung Eigenverantwortlichkeit und kann und muss von den SchülerInnen gefordert werden.

Die Intention des Übergangsmanagements ist es nicht, in den Schulen ein "Luxus-Bewerbungszentrum" aufzubauen, sondern die Förderung der individuellen Entwicklung jedes einzelnen Schülers in Richtung Ausbildungsfähigkeit.

5. Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2009

(Stand 30.10.20)	0.10.2009	(Stand 30
------------------	-----------	-----------

	2010	2009	2008	2007	2006
Ausbildungsplatzakquise	48	55	34	84	84
abgeschlossene Verträge	48	50	23	55	55
davon					
einzelbetriebliche Ausbildung	24	20	15	30	31
Berufsfachschule	18	19			
Verbundausbildung		0	0	11	5
Einstiegsqualifizierung	6	11	8	13	18

Die derzeitige Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat zur Folge, dass **Ausbildungsplätze unbesetzt** bleiben. Eine aktive Akquise erfolgte daher im Jahr 2010 durch **gezielte Ansprache von Unternehmen für jeweils hierzu passende Jugendlichen**.

Ebenso wurde für einzelne Jugendlichen gezielt der Besuch einer berufsqualifizierenden Berufsfachschule als Perspektive angestrebt. Für einzelne ergibt sich so die Möglichkeit, persönlich zu reifen und über einen beruflichen Abschluss zu verfügen. Andere sind noch zu jung, um in dem gewünschten Ausbildungsberuf einen Vertrag zu erhalten (Gastronomie).

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass es für die Betriebe immer schwieriger werden wird, geeigneten Nachwuchs zu finden. So ist ein frühzeitiger Auswahlprozess und Förderprozess auch für die Ausbildungsbetriebe ein interessantes Instrument, künftige Fachkräfte zu gewinnen. Erkennbar ist diese Entwicklung auch an der Erfahrung, dass immer mehr SchülerInnen, die ein Schulpraktikum absolvieren, Geld oder sonstige Vergünstigungen (z. B. Haarschnitt und Farbe) bekommen.

6. GGFA-Bericht - Jugend in Ausbildung 2010

Wie jedes Jahr boten wir verantwortlich für die Ausbildungsplatzvermittlung jugendlicher SGB II Leistungsbezieher, Schulabgänger und Altbewerber, ein umfangreiches Leistungsspektrum.

Dazu zählten:

- Durchführung von Informationsseminaren
- aufsuchende Kontaktaufnahmen
- Gruppen- und Differenzierungsgespräche
- Coachingmaßnahmen
- Berufsfindungsanalysen
- Eignungs- und Ausbildungsfähigkeitsprüfungen
- aktive Suche nach Praktikumsplätzen
- Ausbildungsplatzakquisition.

Leistungsbilanz

98 Schulabgänger:

- haben ein Studium aufgenommen, (eine erstaunlich hohe Anzahl),
- 11 sind aus dem Bezug gefallen, z.B. wegen Umzug, Verdienst Eltern etc.
- 01 ist leider schwer erkrankt,
- 27 (37,5%) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen,
- 14 (19,4%) gingen in eine schulische Ausbildung,
- 11 (15,2%) versuchen über EQJ in 2011 in eine Ausbildung zu kommen,
- 05 (6,9%) beginnen eine Ausbildung über eine Reha-Maßnahme
- 09 (12,5%) starten in den bekannten Maßnahmen (BaE, BVB, BVJ),
- 06 (8,3%) besitzen noch nicht die Ausbildungsreife und sind in der JuA Klasse.

Altbewerber:

34 Altbewerber (teils ü25 Jahre) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen.

Migrationshintergrund, Genter Mainstreaming

Vermittelt in betriebliche Ausbildung: 54% waren weiblich – davon 52% mit Migrationshintergrund

Vermittelt in schulische Ausbildung: 75% waren weiblich – davon 55% mit Migrationshintergrund

(auch in allen anderen Bereichen gab es in etwa das gleiche Verhältnis)

Ute Weis

Anhang

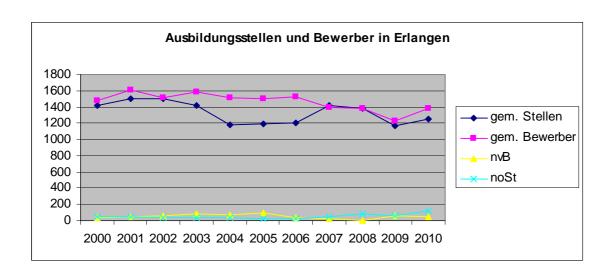
1 Zahlen der Berufsberatung Erlangen: Stadt und Landkreis

		Berufsaus	oildungsste	llen		BewerberInnen				
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07		
Nürnberg	5.007	4.498	5.098	4.688	4.154	3.695	4.683	4.986		
Erlangen	1.250	1.167	1.383	1.422	1.383	1.230	1.378	1.400		
Fürth	986	973	1.001	900	1.512	1.274	1.628	1.751		
Schwabach	226	224	194	178	404	372	483	500		
Lauf	435	378	355	361	732	646	641	835		

	Noch n	icht besetz	te Ausbildu	ıngsstellen	Noch nicht vermittelte BewerberInnen				
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07	
Nürnberg	285	256	298	256	224	155	130	226	
Erlangen	122	58	78	52	53	60	4	27	
Fürth	70	115	90	63	64	11	16	46	
Schwabach	24	23	13	19	6		6	11	
Lauf	36	31	35	57	5	5	5	8	

	В	ewerber: St	ellen Relati	on	nvB : noST Relation (*)				
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07	
Nürnberg	100:120	100:122	100:109	100:94	100:127	100:165		100:113	
Erlangen	100:90	100:111	100:100	100:101	100:230			100:192	
Fürth	100:65	100:76	100:61	100:51	100:109			100:137	
Schwabach	100:56	100:60	100:40	100:35				100:173	
Lauf	100:59	100:58	100:55	100:43				100:712	

^(*) nicht vermittelte Bewerber zu noch offene Stellen Relation In Nürnberg und Erlangen noch die beste Bewerber: Stellen-Relation



Bei der Berufsberatung gemeldete Ausbildungsstellen im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg

Beru	ıfsbereich	Berufsausbildu	ıngsstellen nacl	n BBiG
		09/10	09/09	Veränderung %
I, II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	56	53	5,7
Ш	Metallberufe	876	750	16,8
	Elektroberufe	393	360	9,2
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe	22	16	37,5
	Ernährungsberufe	441	399	10,5
	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	309	297	4,0
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	296	265	11,7
IV	Technische Berufe	130	117	11,1
V	Waren- u. Dienstleistungskaufleute	2.290	2.063	11,0
	Verkehrsberufe	237	245	- 3,3
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	1.560	1.463	6,6
	Körperpfl., Gästebetr., Hauswu. Reinigung	736	641	14,8
	Übrige Dienstleistungsberufe	558	571	- 2,3
	Insgesamt	7.904	7.240	9,2

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und BewerberInnen für die Geschäftsstelle Erlangen

Berufsbereich		Berufsausbildungs- stellen nach BBiG			Bewerber/innen		
		09/10	09/09	Veränd. in %	09/10	09/09	Veränd. in %
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	13	10	30,0	29	32	-9,4
Ш	Metallberufe	180	144	25,0	153	175	-12,6
	Elektroberufe	37	42	-11,9	87	66	31,8
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe				5		
	Ernährungsberufe	83	84	-1,2	56	51	9,8
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler	45	28	60,7	59	65	-9,2
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	25	18	38,9	52	54	-3,7
IV	Technische Berufe	30	41	-26,8	33	32	3,1
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute	37,0	348	6,3	332	285	16,5
	Verkehrsberufe	2,4	13	84,6	23		
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	233	-3,4	336	261	28,7
	Körperpfl., Gästebetr., Hauswu. Reinigung	119	124	-4,0	91	95	-4,2
	Übrige Dienstleistungsberufe	99	82	20,7	127	96	32,3
	Insgesamt	1.250	1.167	7,1	1.383	1.230	12,4

Berufsbereich		Noch offene Ausbildungsstellen		Noch nicht vermittelte BewerberInnen	
		09/10	09/09	09/10	09/09
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau				
III	Metallberufe				
	Elektroberufe				
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe				
	Ernährungsberufe		7		
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler				
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe				
IV	Technische Berufe				
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute		30		
	Verkehrsberufe				
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe		3		
	Körperpfl., Gästebetr., Hauswu. Reinigung		10		
	Übrige Dienstleistungsberufe		3		
	Insgesamt		58		3

Ergebnis/Beschluss:

Vom Ausbildungsbericht 2010 über die Lehrstellensituation und die Aktivitäten der Stadt über den JAZ e. V. wird Kenntnis genommen. Es besteht Einverständnis, dass das Übergangsmanagement fortzuführen, das Kommunale Beratungs- und Informationsbüro auszubauen und die Akquise- und Vermittlungstätigkeiten weiterzuführen sind.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 15 30-R/023/2011

Änderung der Baumschutzverordnung

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Anlass und Ziel der Änderungsverordnung zur Baumschutzverordnung:

Der Erlanger Stadtrat hat in seiner Sitzung am 25.03.2010 die Verwaltung beauftragt, das Verfahren zur Änderung der Baumschutzverordnung einzuleiten. Vorgesehen ist im Wesentlichen, den Stammumfang für geschützte Bäume innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile von 60 cm auf 80 cm heraufzusetzen. Ferner ist beabsichtigt, den Geltungsbereich der Baumschutzkarte, die zugleich Bestandteil der Verordnung ist, den Erfordernissen der gegenwärtigen Bauleitplanung der Stadt Erlangen anzupassen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Beschluss der Änderungsverordnung.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren:

Im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 21.06.2010 bis 21.07.2010 wurden u. a. durch das Stadtplanungsamt einige Anregungen erhoben, denen die Naturschutzbehörde des Umweltamtes gefolgt ist. Dies hat eine Änderung der ausgelegten Schutzgebietskarte in der Weise bewirkt, dass neue Bereiche in den Geltungsbereich der Verordnung übernommen wurden; daneben waren einige textliche Änderungen veranlasst.

Der Stadtrat hat vor diesem Hintergrund in seiner Sitzung am 25.11.2010 beschlossen, den ersten Verfahrensschritt gemäß Art. 52 Abs. 5 des Bayer. Naturschutzgesetzes zu wiederholen, d.h. eine erneute öffentliche Auslegung und eine erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen; dies mit der Maßgabe, dass sich evtl. Einwendungen und Anregungen nur auf die erfolgten Änderungen beziehen können.

Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist in der Zeit vom 31.12.2010 bis 31.01.2011 erfolgt.

Die Naturschutzbehörde des städt. Umweltamtes hat die Anregungen und Bedenken aus dem zweiten Verfahrensschritt (s. o.) gemäß Art. 52 Abs. 4 BayNatSchG geprüft; das Ergebnis der naturschutzfachlichen Würdigung ist in Anlage 1 dargestellt. Insgesamt vertritt die Verwaltung die Auffassung, dass aus Gründen der Klarstellung noch eine textliche Änderung veranlasst ist. Die textliche Änderung in § 2 Abs. 4 lautet:

"Maßnahmen auf Flächen, die zur Funktionssicherung oder zur bestimmungsgemäßen Nutzung öffentlicher Verkehrs- und Leitungswege erforderlich werden sowie auf Flächen für die Ver- und Entsorgung, fallen nicht unter die Schutzbestimmungen dieser Verordnung."

Aufgrund der Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zum 01.03.2011 sind aus rechtlicher Sicht noch drei Änderungen veranlasst, bei denen die Baumschutzverordnung auf das Landesrecht verweist. Es ändern sich lediglich die Artikelbezeichnungen (vgl. Nr. 3 – 5 der Änderungsverordnung); inhaltlich ergeben sich hier keine Änderungen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Es sind keine Ressourcen erforderlich.

 Investitionskosten:
 €
 bei IPNr.:

 Sachkosten:
 €
 bei Sachkonto:

 Personalkosten (brutto):
 €
 bei Sachkonto:

 Folgekosten
 €
 bei Sachkonto:

 Korrespondierende Einnahmen
 €
 bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel				
	werden nicht benötigt			
	sind vorhanden auf IvP-Nr.			
П	bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk sind nicht vorhanden			

Protokollvermerk:

Die SPD-Fraktion beantragt, den Stammumfang für geschützte Bäume bei 60 cm zu belassen. Der Antrag wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Ergebnis/Beschluss:

- 1. Das Ergebnis der Prüfung zu den Anregungen und Bedenken der am Verordnungsverfahren zur Änderung der Baumschutzverordnung beteiligten Stellen bzw. aufgrund der öffentlichen Auslegung beteiligten Bürger (Anlage 1) wird gebilligt.
- 2. Die Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Erlangen (Baumschutzverordnung) samt Schutzgebietskarte (Anlagen 2 und 3) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 16 30-R/024/2011

Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen der Stadt Erlangen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das kommunale Ehrenamt des Feldgeschworenen hat in den fränkischen Landesteilen Bayerns eine lange Tradition. Die Mitwirkung angesehener Gemeindebürger bei der Sicherung der Grundstücksgrenzen ist ein Beispiel für funktionierende bürgernahe Verwaltung. Die Feldgeschworenen beziehen kein Gehalt, sie erhalten aber für ihre Tätigkeit Gebühren, deren Höhe sich nach einer von den kreisfreien Städten bzw. Landkreisen zu erlassenden Gebührenordnung richtet. Dem Feldgeschworenen entsteht durch den Zeitaufwand ein Verdienstausfall, der angemessen entschädigt werden soll.

Der Obmann der Feldgeschworenen der Stadt Erlangen regt nun eine Erhöhung der Gebühr mit Schreiben vom 15.12.2010 an.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen der Stadt Erlangen gemäß Anlage 1.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die letzte Gebührenerhöhung in Erlangen trat zum 1.1.2002 im Zuge der Anpassungen des Erlanger Stadtrechts an die Euro-Umstellung in Kraft. Die Erhöhung erfolgte von 9,20 €/h auf 10,- €/h.

Ein Vergleich mit den Feldgeschworenengebühren bei anderen kreisfreien Städten und auch Landkreisen ergab folgendes Ergebnis: Die Gebühren bei den kreisfreien Städten bewegen sich innerhalb einer Spanne von 10,- €/h bis 14,50 €/h und die der Landkreise von 9,- €/h bis 12,- €/h. Im interkommunalen Vergleich liegen die Gebühren in den Städten Nürnberg und Fürth jeweils bei 12,- €/h, ebenso im Landkreis Nürnberger Land.

Die Verwaltung hält daher eine Erhöhung der Feldgeschworenengebühr für die Stadt Erlangen auf 12,- €/h für angemessen.

4.	Ressourcen (Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)					
	Investitio	nskosten:	€	bei IPNr.:		
	Sachkost	en:	ca. €500,- pro Jahr	bei Sachkonto:		
	Personall	kosten (brutto):	€	bei Sachkonto:		
	Folgekos	ten	€	bei Sachkonto:		
	Korrespo	ndierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:		
	Weitere Ressourcen					
	Haushalt	smittel				
werden nicht benötigt						
		sind vorhanden auf IvP-Nr.				
	bzw. im Budget auf Kst 230090 / KTr diverse / Sk diverse					
		sind nicht vorhanden				

Ergebnis/Beschluss:

Die Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für die Feldgeschworenen der Stadt Erlangen (Entwurf vom 02.03.2011, Anlage 1) wird beschlossen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 17 30-R/026/2011

Auslegung der städtischen Vergaberichtlinien in Bezug auf die Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 03. März 2009 zur Umsetzung des zweiten Konjunkturpakets des Bundes sind Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben zeitlich begrenzt bis zum 31.12.2010 in erweitertem Umfang ermöglicht worden. Im Rahmen dieser Verfahren ist es rechtlich zwingend geboten, auch nicht ortsansässige Unternehmen angemessen zu beteiligen. Damit dies nicht zu einer unnötigen Schwächung des örtlichen Handwerks führt, hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30.07.2009 beschlossen, dass die Verwaltung angewiesen wird, für die Dauer des Konjunkturpakets II bei Vergabeverfahren – insbesondere bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben – ortsansässige Unternehmen im Rahmen des gesetzlich Möglichen zu berücksichtigen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Da sich diese Regelung in der Praxis bewährt hat, soll sie über die Dauer des Konjunkturpakets II hinaus verlängert werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Es soll weiterhin entsprechend dem Beschluss des Stadtrats vom 30.07.2009 auf die verstärkte Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmen hingewirkt werden.

4. Ressourcen (Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?) Investitionskosten: € bei IPNr.: Sachkosten: € bei Sachkonto: Personalkosten (brutto): € bei Sachkonto: € Folgekosten bei Sachkonto: € Korrespondierende Einnahmen bei Sachkonto: Weitere Ressourcen Haushaltsmittel werden nicht benötigt sind vorhanden auf IvP-Nr. bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Evaluierung dieses Vorgehens vorzulegen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltungsanweisung gemäß Stadtratsbeschluss vom 30.07.2009 gilt auch nach Beendigung der vergaberechtlichen Ausnahmeregelungen ("Konjunkturpaket II") fort.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 18 30-R/027/2011

Auswahl der InterviewerInnen für den Zensus 2011;

hier: Antrag der Fraktion Grüne Liste Nr. 017/2011 vom 24.02.2011

Sachbericht:

Die Fraktion Grüne Liste beantragt die Einholung einer Stellungnahme um der Problematik zu begegnen, dass Interviewerinnen und Interviewer aufgrund der erteilten Auskünfte in Konflikt mit ihren sonstigen beruflichen Tätigkeiten geraten könnten.

Unter www.statistik.bayern.de/statistik/zensus hat das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung umfassende Informationen zur Durchführung des Zensus 2011 eingestellt, auch zur Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer.

Diese Vorgaben werden auch von der Erlanger Erhebungsstelle eingehalten.

Im Einzelfall liegt die Entscheidung, ob ein Interessenkonflikt zu befürchten ist, im Ermessen der Erhebungsstellenleitung. Fachlicher Rat der städtischen Datenschutzbeauftragten, des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz oder des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung kann eingeholt werden.

Um solche Konflikte zu vermeiden, gibt es bereits die Vorgabe, dass zwar "Bund und Länder" auf Ersuchen Bedienstete für das Ehrenamt "Interviewer" benennen sollen, dass aber Personal aus den Einwohnermeldeämtern, Steuerämtern, Ausländerämtern, Sozialämtern, Sozialdienst der Jugendämter, Arbeitsämtern, Polizeidienst nicht eingesetzt werden soll. Auch auf den Einsatz von Versicherungsvertretern, GEZ-Mitarbeitern, Marktforschungsleuten soll verzichtet werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. GeWoBau-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in Erlangen nicht in Quartieren mit GeWoBau-Wohnungen eingesetzt werden.

Die unter Einhaltung der Vorgaben ausgewählten Interviewerinnen und Interviewer werden auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtet, über die Beachtung des Datenschutzes belehrt und insgesamt geschult.

Wegen der Einhaltung dieser strengen Vorgaben wird es als sinnvoll angesehen, Interviewerinnen und Interviewer einzusetzen, die sich bereits in vergleichbaren Ämtern bewährt haben, also Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung und den städtischen Töchtern oder mit Erfahrungen aus Wahlehrenämtern.

Vom Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wurde eine Stellungnahme eingeholt. Das aufgezeigte Vorgehen wurde unter Hinweis auf Gesetzestexte bestätigt.

Die Verwaltung versichert jedenfalls, dass alles getan wird, um erkennbare Konflikte bei der Durchführung des Zensus 2011 zu vermeiden.

Ergebnis/Beschluss:

Der Sachbericht der städtischen Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 017/2011 der Fraktion Grüne Liste ist damit abschließend bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 19 332/004/2011

Fraktionsantrag der SPD Nr. 109/2010 vom 26.10.2010 Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht

Sachbericht:

Zu den von der SPD-Fraktion übermittelten Fragen im Zusammenhang mit der Optionsregelung wird wie folgt Stellung genommen:

zu Frage 1)

Die Antragsregelung wurde für die Geburtsjahrgänge 1990 – 1999 in 94 Fällen in Anspruch genommen, Zuzüge nach bzw. Wegzüge von Erlangen sind in dieser Gesamtzahl bereits berücksichtig. Die Verteilung auf jeweilige Herkunftsländer lässt sich der Anlage 1 entnehmen.

Zu Frage 2)

Soweit nach Eintritt der Volljährigkeit Entscheidungen für eine Staatsangehörigkeit getroffen wurden, bezogen sich diese auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Eine schriftliche Entscheidung für eine ausländische Staatsangehörigkeit wurde bisher in keinem Fall vorgelegt. Da aber ein automatischer Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit mit Vollendung des 23. Lebensjahres eintritt, ist dies auch nicht unbedingt erforderlich, sondern dient eher der Verwaltungsvereinfachung. Zum Geburtsjahrgang 1992 ist ergänzend anzumerken, dass fünf der insgesamt acht Personen erst im November/Dezember 2010 volljährig geworden sind, so dass erst in nächster Zeit mit entsprechenden Rückmeldungen zu rechnen ist.

Die Aufschlüsselung nach einzelnen Herkunftsländern ist in der als Anlage 2 beigefügten Tabelle enthalten.

Zu Frage 3)

In den Geburtsjahrgängen 2000 – 2010 sind derzeit insgesamt 618 optionspflichtige Personen im Stadtgebiet Erlangen erfasst. Eine Auswertung nach Herkunftsländern erfolgte in der als Anlage 3 beigefügten Tabelle.

Zu erwähnen ist, dass eine Zuordnung bei den Staatsangehörigkeiten Serbien-Montenegro, Serbien, Kosovo und Montenegro ausschließlich nach der von den Eltern zum jeweiligen Geburtsdatum angeführten Staatsangehörigkeit erfolgt ist. Da die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit in diesen Geburtsjahrgängen bereits unmittelbar nach der Geburt erfolgte, bestand keine unmittelbare Veranlassung, ausländische Staatsangehörigkeitspapiere zu beschaffen bzw. vorzulegen. Die endgültige Klärung ist auch erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres erforderlich

Zu Frage 4)

Soweit die Anzahl der in Erlangen lebenden Personen mit Mehrfachstaatsangehörigkeit erfragt wurde, konnte durch das Bürgeramt eine Aufteilung auf Volljährige/ Minderjährige erfolgen (Anlage 4). Innerhalb dieser Gruppen war eine weitere Untergliederung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten nicht mehr möglich. Hilfsweise wurde daher eine Auswertung nach Kontinenten und ergänzend auch Gesamt-EU erstellt. Dabei wurden Personen mit mehr als einer ausländischen Staatsangehörigkeit doppelt erfasst. Abschließend bleibt noch anzumerken, dass Spätaussiedler im Einwohnerprogramm nicht als solche erfasst werden, so dass auch keine gesonderte Statistik gefertigt werden kann.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis. Damit gilt der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 109/2010 vom 26.10.2010 als bearbeitet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 20 44/019/2011/1

Entgeltordnung für das Theater Erlangen

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Rahmen der durchgeführten Rechnungsprüfung am Theater Erlangen im Sommer 2010 wurde dem Theater Erlangen im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes empfohlen, die Höhe aller Entgelte sowie die Voraussetzungen für Entgeltermäßigungen in einer Entgeltordnung zu regeln.

Die Satzung für das Theater Erlangen vom 05.12.2002 (gültig ab dem 01.01.2003) sieht in § 6 ebenfalls eine Regelung zu den Entgelten für den Theaterbesuch sowie für die Nutzung der Räume in einer Entgeltordnung vor.

Bislang existierte am Theater Erlangen keine Entgeltordnung, die vorliegende Entgeltordnung soll diese Lücke schließen. Nicht enthalten in der neuen Entgeltordnung sind die Entgelte für die Nutzung der Theaterräumlichkeiten sowie für den Verleih von Equipment.

Diese sollen für künftige Vermietungen und den Verleih aus den Beständen des Theaters in einer separaten Richtlinie zu Vermietung und Verleih geregelt werden, da diese Bestandteile nach Angaben des Rechtsamtes der Stadt Erlangen nicht zwingend in einer Entgeltordnung zu regeln sind.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

Ressourcen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

•	(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)				
	Investitionskosten:	€	bei IPNr.:		
	Sachkosten:	€	bei Sachkonto:		
	Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:		
	Folgekosten	€	bei Sachkonto:		
	Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:		

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt
sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beschließt die in einer Entgeltordnung für das Theater Erlangen zusammengestellten Eintrittspreise sowie alle darin enthaltenen weiteren Entgelte des Theaters, die bereits im KFA am 02.03.2011 einstimmig mit Ausnahme von Ziff. 1.3 der Entgeltordnung begutachtet wurde.

Die ursprünglichen Ziffer 1.3 und 2.0 sind aus der Entgeltordnung entfernt.

Abstimmung:

einstimmig angenommen mit 13 gegen 0

TOP 21

Anfragen

Sachbericht:

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

- 1. Frau StRin Pfister fragt an, was die Abteilung Organisation veranlasst hat, beim 1000 Punkte-Programm des Sportamtes tätig zu werden.
- 2. Herr StR Heinze erinnert an seine Anfrage bezüglich der Einnahmen aus Adressauskünften.

Sitzungsende

am 23.03.2011, 17:25 Uhr

Der Vorsitzende:	
Oberbürgermeister Dr. Balleis	
D	er Schriftführer:
	Friedel
Kenntnis genommen	
Für die CSU:	
Für die SPD:	
Für die Grüne Liste:	
Für die FDP:	
Für die Erlanger Linke:	
Für die ÖDP:	
Für die FWG:	